

# Allgäuer Zeitung



## Weihnachten

So tief muss man für Bundesliga-Trikots in die Tasche greifen  
*Sport*

## Glaube

Wird die katholische Kirche in Memmingerberg abgerissen?  
*Allgäu-Rundschau*

## Regen, 8 Grad

Erst trocken, dann Regen, starke bis stürmische Böen  
*Wetter*



MITTWOCH, 1. DEZEMBER 2021 NR. 278

www.allgaeuer-zeitung.de

PREIS € 2,00

## Ökonomen zweifeln an Ampel-Plänen

Geld für die Vorhaben wird wohl knapp

VON MICHAEL KERLER

**München** Führende deutsche Wirtschaftsforscherinnen und Wirtschaftsforscher haben Zweifel, dass die angehende Ampel-Koalition ihre Vorhaben zum Klimaschutz und zur Modernisierung des Landes allein mit dem Streichen von Vergünstigungen finanzieren kann. „Der Abbau von Subventionen wird nicht reichen“, zeigte sich die Wirtschaftswissenschaftlerin Monika Schnitzer auf einer Veranstaltung der Nachrichtenagentur Reuters überzeugt. Clemens Fuest, der Chef des Münchner Ifo-Instituts, wies zudem darauf hin, dass es große Widerstände geben wird, wenn zum Beispiel die geringere Steuer auf Diesel in der Land- und Forstwirtschaft angehoben werden würde. SPD, Grüne und FDP wollen die Schuldenbremse beachten und klimaschädliche Subventionen überprüfen.

Ein hohes Wirtschaftswachstum könnte zwar für sprudelnde Staatseinnahmen sorgen. Aber auch hier sind die Aussichten angesichts der vierten Corona-Welle nicht so positiv: „Die neue Corona-Variante wird nicht zum Konjunkturkiller, aber sie wird die wirtschaftliche Erholung weiter verschieben“, sagte Schnitzer. Die KfW-Bank erwartet dieses Jahr nur noch ein Wachstum von 2,6 Prozent statt wie zuerst angenommen 3,0 Prozent. „Ich denke, wir waren im vergangenen Jahr zu sehr optimistisch“, sagt auch Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Weshalb das Geld für die Ampel knapp ist, lesen Sie auf der **Politik**.



Kann die neue Koalition Projekte allein dadurch finanzieren, indem sie Subventionen abschafft? Foto: dpa

## Stimmkreise sollen bleiben

**München** Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) hat den Vorstoß der FDP zurückgewiesen, die Zahl der Stimmkreise in Bayern zu verringern, um einer möglicherweise drohenden Vergrößerung des Landtags durch Ausgleichsmandate entgegenzuwirken. „Die FDP ist da meines Erachtens nicht ohne Hintergedanken unterwegs“, sagte Aigner in einem Interview mit unserer Redaktion. Die Hochrechnung der Liberalen, dass der nächste Landtag von derzeit 205 auf bis zu 236 Abgeordnete anwachsen könnte, hält sie für nicht ganz richtig. „Der Landeswahlleiter hat für uns auch schon einmal gerechnet und kommt mit Erst- und Zweitstimmen auf etwa 220 Sitze“, sagte Aigner. Lesen Sie das vollständige Interview auf der Seite **Bayern**. (jub)



Die Beschlüsse vertagen sie auf einen anderen Tag – doch Bund und Länder machen klar: So kann es nicht weitergehen bei der Corona-Bekämpfung. Die Gangart soll wieder schärfer werden. Dazu könnte bald eine Impfpflicht gehören. Foto: Ole Spata, dpa

## Corona-Impfpflicht rückt näher

Pandemie Eingeschränkter Zugang zum Handel, Geisterspiele: Bund und Länder bereiten das Land in der Corona-Krise auf einen „Lockdown light“ vor

VON ULI BACHMEIER UND STEFAN LANGE

**Berlin/München** Nach Tagen der Unsicherheit und des Streits haben sich die alte und die künftige Bundesregierung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder auf eine gemeinsame Strategie gegen die vierte Corona-Welle verständigt. Die strengen bayerischen Regeln sollen über den 15. Dezember hinaus verlängert werden können und bald bundesweit einheitlich gelten. Zumindest in Bayern sollen Fußballspiele bis Weihnachten ohne Stadionzuschauer stattfinden. Apotheker und Zahnärzte sollen impfen können. Und auch die Impfpflicht scheint beschlossene Sache zu sein.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) war am Dienstagabend voll des Lobes über den designierten neuen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). „Es war ein gutes Gespräch, es war ein produktives Gespräch. Die Richtung stimmt“, sagte Söder. Er begrüßte „die eindeutige Zusage des künftigen Bundeskanzlers“, die von Bayern und Baden-Württemberg geforderte Rechtssicherheit für strenge Corona-Maßnahmen über den 15. Dezember hinaus in der neuen Koalition mehrheitsfähig zu machen. Die Forderung nach einer Notbremse sei damit weitgehend erfüllt. Einig geworden sei er sich mit Scholz auch über das große Ziel, dass bis Jahresende alle geboostert sein sollen. „Bis Weihnachten sollen bis zu 30 Millionen Erst-, Zweit- und Auffrischungsimpfungen möglich gemacht werden“, bekräftigte der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert. „Dafür soll der Kreis derjenigen, die Impfungen durchführen dürfen, deutlich ausgeweitet werden.“

Für Bayern bringen die Beschlüsse zunächst keine großen Änderungen – mit zwei Ausnahmen. Fußballspiele sollen im Freistaat zunächst wieder vor leeren Stadionrängen stattfinden. Söder hatte mit der Ansteckungsgefahr nicht nur in den Stadien, sondern auch bei der Anreise begründet. Außerdem kündigte er an, die 2G-Regel, die bisher

nur in der Innengastronomie gilt, auf die Außengastronomie auszuweiten.

Details zur möglichen Impfpflicht stehen noch nicht fest. Der künftige Kanzler Scholz regte an, dies im Bundestag ohne Fraktionszwang zu beschließen. Dies kommt bei ethisch heiklen Fragen in Betracht. Die Impfpflicht könnte ab Anfang Februar greifen, wie aus von der SPD-Seite vorgelegten Vorschlägen hervorgeht.

Da eine Impfpflicht die laufende vierte Welle nicht mehr brechen kann, soll dies mit anderen Mitteln erreicht werden. Zumindest die Vorschläge liegen auf dem Tisch: Dazu gehört die Ausweitung der 2G-Regeln auf den Einzelhandel. Zugang haben dann nur noch Genesene und Geimpfte, Supermärkte und andere Geschäfte des täglichen Bedarfs sind ausgenommen. Entsprechende Beschlüsse sollen am Donnerstag gefasst werden.

Die künftige Ampel-Koalition musste in den Verhandlungen Federn lassen. Sie hatte frühzeitig das Infektionsschutzgesetz entschärft

und beschlossen, die bisher vom Bundestag festgestellte „epidemiologische Lage von nationaler Tragweite“ nicht zu verlängern. Nun soll das Gesetz entsprechend nachgebessert werden, damit Länder wie Bayern ihre Maßnahmen wie Abstandsgebote, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen, die Untersagung von Sporttrainings und Reisen und einiges mehr rechtssicher anordnen können. Damit dürfte es aber auch wieder zu dem Flickenteppich kommen, der schon im vergangenen Winter zu Verunsicherungen bei Bürgerinnen und Bürgern führte.

Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor dem designierten Justizminister Marco Buschmann (FDP) indirekt die erste Schlappe noch vor dem offiziellen Amtseintritt eingebracht. Das Karlsruher Gericht erklärte die 2020 erlassenen Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren 2020 für rechtmäßig. Buschmann und die FDP hatten vor allem die Ausgangssperren immer wieder kritisiert. Lesen Sie hierzu auch den **Kommentar**, den **Leitartikel** und die Seite **Politik**.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Sprechen Sie mit der Redaktion. Heute ist für Sie zwischen 14 und 15 Uhr am Telefon: Stefan Küpper (Wirtschaft) Rufnummer (08 21) 7 77-22 99

Das Karlsruher Gericht erklärte die 2020 erlassenen Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren 2020 für rechtmäßig. Buschmann und die FDP hatten vor allem die Ausgangssperren immer wieder kritisiert. Lesen Sie hierzu auch den **Kommentar**, den **Leitartikel** und die Seite **Politik**.

## Oh! Trump am Tannenbaum

Kurios Es weihnachtet im Weißen Haus. Mittendrin: ein erstaunliches Foto

VON ANDREAS FREI

Klingelgeling, Zeit der Besinnung und des Friedens. Oder wie Amerikas First Lady Jill Biden feierlich verkündet: „Mögen Geschenke, die von Herzen kommen, unseren Weg nach vorne erleuchten.“ In einem solchen Moment weiß die Welt: Öha, im Weißen Haus weihnachtet es. Das tut es jedes Jahr auf sehr dekorative Weise. Diesmal in Form von 41 Christbäumen, 1800 Metern Schmuckband, 300 Kerzen, Lichterketten mit 78.750 Leuchten und mehr als 100 sicher sehr erschöpften Freiwilligen, die eine Woche lang an der Opulenz gearbeitet haben. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Saal für Staatsbankette. Dort

haben zwei geschickte Hände ein goldgerahmtes Foto ausgerechnet von Donald und Melania Trump an einen Christbaum gehängt. Wie bitte? Die Welt darf rätseln. Eine subtile Andeutung der Bidens, wie sich im Schatten eines prächtigen Tannenbaums selbst der größte (Ex-)Präsident aller Zeiten miniaturisieren lässt? Ein Symbol für Ver-



Weihnachtsstimmung im Weißen Haus in Washington. Foto: Evan Vucci/AP, dpa

gänglichkeit – schließlich fliegt Baum samt Schmuck schon in ein paar Wochen im hohen Bogen wieder raus? Dann sind die Trumps auf dem Foto auch noch ziemlich klein und zufällig hängt ein Teil einer roten Schleife direkt über den Köpfen von Mr. und Mrs. Trump.

Verschwörungstheorien? Natürlich! Fachkundige Stimmen werten die Idee der Bidens vielmehr als Geste der Versöhnung. Zudem hängen an besagtem Christbaum auch Fotos von anderen früheren Präsidenten. Und noch drolliger: Es heißt, auch an anderen Orten im Weißen Haus habe man Fotos von Trump drapiert. Ob vielleicht nur im Keller oder in der Hundehütte von First Dog Major – wer weiß...

## Ungeimpfte werden zur Kasse gebeten

**Athen** In Griechenland müssen sich Menschen über 60 bis zum 16. Januar mindestens einmal impfen lassen. Andernfalls droht ihnen von da an eine monatliche Geldbuße von 100 Euro. Das kündigte Regierungschef Kyriakos Mitsotakis an. „Es gibt nur eine Altersgruppe, die darauf besteht, abzuwarten: Von den 580.000 ungeimpften Bürgern über 60 Jahre haben sich im November nur 60.000 impfen lassen. Und leider sind es gerade die über 60-Jährigen, die krank werden und sterben“, sagte er. Aus der Impfpflichtung kommen die Bürger nicht heraus: Die Sozialversicherung leitet die Daten an das Finanzamt weiter, das dann für die Eintreibung der Geldbuße zuständig ist. Die Bußgelder sollen den Krankenhäusern zugutekommen. (AZ) »Panorama

## Blickpunkt Lokales

### Ellenlange Wunschliste

Bei den angedachten Großprojekten drücken die Stadträte jetzt aufs Tempo. Die Verwaltung wollte manches lieber auf später verschieben. »Seite 25

## Kommentar

### Zeit des Zauderns ist vorbei

VON MARGIT HUFNAGEL  
huf@azv.de

Es ist eine Entscheidung, die im wahrsten Sinne des Wortes wegweisend ist. Die Karlsruher Richter stellen klar, dass das Gemeinwohl in einer Krisensituation höher zu gewichten ist als die Freiheit des Einzelnen. Vor allem die FDP war es, die ihre verfassungsrechtlichen Bedenken wie eine Monstranz vor sich hergetragen und Entscheidungen in den vergangenen Wochen unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit fahrlässig ausgebrems hat. Für die Politik muss der Richterspruch deshalb der Weckruf sein, endlich zu handeln anstatt weiterhin zu taktieren. Deutschland in einer Notlage in der Luft hängen zu lassen, grenzt an unterlassene Hilfeleistung.

In den ersten drei Wellen mag nicht alles ideal gelaufen sein – die Kinder litten unter den Schulschließungen, Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger unter dem Lockdown. Doch damals haben die Ministerpräsidenten immerhin noch den Mut gezeigt zu entscheiden – selbst wenn die Kritik immer schriller wurde. Deutschland braucht Regeln, um über den Winter zu kommen. Verfassungsbedenken zählen nicht mehr als vorgeschobenes Argument. Wenn die Ampel-Koalition zu keiner Einigung kommt, muss sie selbst die Erklärung dafür liefern. Die Verantwortung ist jetzt klar.

## Rufen Sie uns an

Haben Sie Fragen und Anregungen? Sprechen Sie mit der Redaktion. Heute ist für Sie zwischen 14 und 15 Uhr am Telefon: Stefan Küpper (Wirtschaft) Rufnummer (08 21) 7 77-22 99

Geldregen: Anrufen und kassieren!  
**MEGAMITTWOCH: INSGESAMT 150.000 € ZU GEWINNEN!**  
76 zusätzliche Gewinnchancen!  
Mehr Infos im Inneenteil!

## Kontakt

Redaktionsleitung Allgäu (0831) 206-439  
redaktion@azv.de, Fax (0831) 206-123  
Lokales Tel. (0831) 206-348, Fax -137  
redaktion.lokales@azv.de  
Anzeigen Tel. (0831) 206-215, Fax -100  
anzeigen@azv.de  
Abo-Service Tel. (0831) 206-297, Fax -399  
aboservice@azv.de  
AZ Online Service www.azshop.de;  
www.allgäuticket.de; www.abonnieren.ihre-az.de

